

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)
— Drucksache 11/1017 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 11/138 Nr. 3.147 —

Mitteilung der Kommission an den Rat

Ausschaltung der Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehr
Untersuchung über Kraftfahrzeugsteuern, Mineralölsteuern
und Straßenbenutzungsgebühren – KOM (86) 750 endg.
»Rats-Dok. Nr. 11530/86«

Der Bundestag wolle beschließen:

Nummer 3 der Beschlußempfehlung – Drucksache 11/1017 – wird ergänzt mit folgendem Text:

„Diese notwendige Harmonisierung auf europäischer Ebene (Kraftfahrzeugsteuern, Mineralölsteuern und Straßenbenutzungsgebühren) muß möglichst schnell erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß jedes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft selbst entscheiden, welche Maßnahmen national in Kraft gesetzt werden müssen, um die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen wenigstens im eigenen Verantwortungsbereich zu neutralisieren und um den marktwirtschaftlichen Wettbewerb insoweit möglichst fair zu gestalten (Schwerverkehrsgebühr, Infrastrukturabgabe).“

Bonn, den 21. Januar 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die EG-Kommission hat im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr das Bestehen von Wettbewerbsverzerrungen insbesondere zu Lasten deutscher Unternehmen festgestellt. Darüber hinaus hat sie bestätigt, daß die zur Zeit bestehenden Verzerrungen verschärft werden würden durch Schaffung eines freien Verkehrsmarktes in Europa ohne mengenmäßige Beschränkungen.

Die Kommission hat die Möglichkeit aufgezeigt, wie die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen abgebaut oder harmonisiert werden können. Konkrete Vorschläge und insbesondere einen Maßnahmen-Zeit-Katalog hat sie nicht vorgelegt. Völlig vernachlässigt hat sie die Auswirkungen dieser Vorschläge auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern und insbesondere den zwischen Schiene und Straße wie auch die Auswirkungen im Hinblick auf eine angemessene Deckung der Wegekosten.